Das Gesicht der Konterrevolution

Aus der ND-Dokumentation: Tatsachen und Hintergründe der imperialistischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ČSSR

Die internationale Monopolbourgeoisie setzt weiterhin ihre ganze Kraft ein, um den Verlauf der gesetzmäßigen Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus aufzuhalten, sie „einzudämmen", ihre bisherigen Ergebnisse rückgängig zu machen oder wenigstens in der einen oder anderen Weise zu korrigieren. Dies bestimmt die politische Strategie der aggressivsten imperialistischen Mächte. Es bildet den Hauptinhalt der Globalstrategie des USA-Imperialismus sowie der „neuen Ostpolitik" der Kiesinger-Strauß-Regierung und ihrer sozialdemokratischen Minister.

Abhängig von der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, wenden dabei die imperialistischen Mächte auf den verschiedenen Schauplätzen der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Weltsystem eine differenzierte Taktik an. Neben die militärische Aggression, wie sie gegenwärtig der USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk durchführt, treten in immer stärkerem Maße die Versuche, die gesellschaftliche und politische Ordnung in den sozialistischen Staaten von innen heraus zu beseitigen.

Ideologische Diversion

Das methodische Instrumentarium, mit dessen Hilfe eine Öffnung der sozialistischen Gesellschaft für die Konterrevolution erzielt werden soll, ist vielfältig: technisch-wissenschaftliche „Kontakte", ökonomischer Druck, Drohung oder gar Anwendung militärischer Gewalt. In diesem Rahmen ist die ideologische Diversion zu einer Hauptwaffe geworden. Bereits im Herbst 1962 hat Franz Josef Strauß in einem Beitrag für die Novemberausgabe der westdeutschen Zeitschrift „Außenpolitik" das Wesen der ideologischen Diversion gegenüber den sozialistischen Ländern charakterisiert:

„Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen . . . Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder unbewußten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die sich ohne Gewaltanwendung abwickelnde innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen. Durch pausenlose, den Gegner ermüdende Arbeit sind diese natürlichen Entwicklungen zu beschleunigen . . . Hier in Europa sprechen entscheidende Umstände für die Möglichkeit einer erfolgreichen psychologischen Kriegführung des Westens."

Hauptstoß gegen die Partei

Das Programm der imperialistischen Intervention lautete: konterrevolutionärer Sturz der sozialistischen Ordnung und Restauration der politischen und ökonomischen Herrschaft des Imperialismus. Bei den Versuchen, es zu verwirklichen, entfalteten die Politiker und Ideologen des westdeutschen Imperialismus besondere Aktivität. Die konterrevolutionären Kräfte, die vom Territorium der ČSSR aus gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung wühlten, erhielten aus der Bundesrepublik und aus Westberlin die aggressiven und heimtückischsten Losungen und die detailliertesten operativen Anweisungen.

Die imperialistischen Einmischungspolitiker waren sich sehr wohl darüber im klaren, wie fest der Sozialismus in der ČSSR verwurzelt ist und daß die Arbeiterklasse und die überwiegende Mehrheit der Werktätigen der ČSSR bereit sind, die sozialen und politischen Errungenschaften der letzten 20 Jahre zu verteidigen. Sie wußten auch, daß die sozialistischen Bruderländer einer Restauration der imperialistischen Macht- und Ausbeutungsverhältnisse in der ČSSR nicht tatenlos zusehen würden. Wenn die Feinde der Sowjetmacht im Inneren Rußlands und ihre Hintermänner im Ausland vor 50 Jahren ihre Reihen unter der Losung zu formieren suchten: „Sowjetmacht ohne Kommunisten!", so tarnten sich heute die inneren und äußeren Feinde des Sozialismus und der siegreichen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der ČSSR mit der Losung: im Namen des Sozialismus gegen die führende Rolle der Kommunistischen Partei und gegen die wissenschaftliche Weltanschauung des Proletariats, den Marxismus-Leninismus. Dabei gingen sie umfassend und systematisch vor. Die giftige Munition, mit der sie die revisionistischen und konterrevolutionären Kräfte in der ČSSR ausrüsteten, reichte von „theoretischen" Ausfällen gegen die führende Rolle der KPČ im Staat und in der sozialistischen Gesellschaft und die Anwendung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung der Arbeiterklasse auf die Praxis des sozialistischen Aufbaus in der ČSSR über die Organisierung eines Meinungsterrors gegen die der Partei treu ergebenen Kader bis zur Inspiration und Anleitung parteifeindlicher Fraktionen und Hinweisen zur Untergrabung des Einflusses der KPČ auf die Leitung des Staates, der Volkswirtschaft und die Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur.

So nutzte z. B. der Ideologe der imperialistischen Globalstrategie, Brzezinski, die ihm eingeräumte Möglichkeit, am 14. Juni 1968 ein weiteres Mal vor dem Prager Institut für Internationale Politik zu sprechen, um scharfe Angriffe gegen den Leninismus zu richten. Er erklärte unter anderem:

„Meine Ausgangsthese ist, daß der Leninismus für eine entwickelte moderne Gesellschaft keine Geltung mehr hat."

Die dem westdeutschen Kriegsminister Schröder nahestehende Wochenschrift „Christ und Welt", deren Chefredakteur ein ehemaliger Mitarbeiter des SD, SS-Sturmbannführer Giselher Wirsing, ist, rief offen zur Ausschaltung der KPC aus der Führung des Staates auf. Die KPC müsse damit rechnen,

„mindestens zehn Jahre lang keinen Vertreter mehr in der Regierung zu haben."

Die von den Imperialisten ausgegebene Grundlinie der Schaffung einer „offenen Gesellschaft" bei der Ausschaltung der KPC wurde von den konterrevolutionären Kräften in der ČSSR aufgegriffen und offen propagiert. So umriß Ivan Svitak, einer der führenden Kräfte eines konterrevolutionären Zentrums, Anfang März folgendes Ziel:

„Von der totalitären Diktatur zur offenen Gesellschaft, zur Liquidierung des Machtmonopols und zur wirklichen Kontrolle der Machtelite durch freie Presse und öffentliche Meinung . . ."

Um ihren Angriffen auf die führende Rolle der KPC die erwünschte konterrevolutionäre Schlagkraft zu verschaffen, griffen die Exponenten der imperialistischen Einmischungspolitik zu einem erprobten Mittel der psychologischen Kriegführung: Zur Diskreditierung der historischen Leistung der KPC beim 20jährigen sozialistischen Aufbau organisierten sie eine systematische Fehlerdiskussion. Damit sollte die Wachsamkeit der Bevölkerung gegen konterrevolutionäre Aktionen eingeschläfert werden. Mit gezielten Attacken auf Mitglieder der führenden Partei- und Staatsgremien suchten sie Druck auf Entscheidungen der Partei auszuüben, revisionistische und konterrevolutionäre Elemente zu ermuntern und der Sache der Partei und des Volkes treu ergebene Genossen einzuschüchtern. Immer häufiger veröffentlichten westdeutsche Zeitungen die Namen führender KPC-Funktionäre, deren Ablösung von der Konterrevolution erzwungen werden soll. Offen schrieb bereits am 28. März 1968 die „Frankfurter Rundschau":

„Zug um Zug werden die Dogmatiker (so werden die revolutionären Kräfte der KPC diffamiert – „ND") aus den Spitzen der Polizei, der Armee, der Justiz und den ideologischen Büros entfernt."

(Aus „ND" vom 31. August 1968)

Damit die Wissenschaft blühe - für den Frieden und für den Sozialismus (III)

Mit diesem Beitrag beenden wir die Darstellung einiger wesentlicher Etappen des Wirkens Walter Ulbrichts an der Spitze des Zentralkomitees bei der Verwirklichung der Wissenschaftspolitik unserer Partei, die wir anläßlich seines 75. Geburtstages in unserer Ausgabe Nummer 10/68 begonnen hatten. – Redaktion.

In den Jahren nach dem VI. Parteitag wird immer klarer sichtbar: Die sozialistische Entwicklung in der DDR muß eng mit der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden werden. Das erfordert, die Wissenschaft unmittelbar auf die Lösung der Aufgaben der Volkswirtschaft zu orientieren, sie als eine Hauptproduktivkraft, zu der sie sich immer mehr entwickelt, in der Produktion wirksam zu machen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür schafft das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung, das von Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag in seinen Grundzügen dargelegt, und auf der Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR am 24. und 25. Juni 1963 ausführlich begründet wurde.

Im Kampf um die Ausarbeitung und Durchsetzung der sozialistischen Ökonomie und um die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution, erweist sich deutlich, daß die sozialistische Umgestaltung des Hochschulwesens immer dringender wird. Die hauptsächlichen Wesenszüge dafür hatte die 3. Hochschulkonferenz 1958 bereits in einem Programm festgelegt. Jetzt kam es darauf an, es zu verwirklichen.

*

Ausgehend von den Beschlüssen des VI. Parteitages, insbesondere im Zusammenhang mit der Schaffung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems, entwickelt sich in Vorbereitung des VII. Parteitages der SED an den Universitäten und Hochschulen eine breite Diskussion um die notwendigen, den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechenden Veränderungen im Hochschulwesen. Die Grundlage dafür sind die 1966 vorgelegten „Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR", die Walter Ulbricht als das grundlegende Programm zur Durchführung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem auf dem Gebiet des Hochschulwesens bezeichnet.

Am 4. November 1966 begeht die Technische Universität Dresden den 20. Jahrestag ihrer Wiedereröffnung. Walter Ulbricht hält die Festansprache. Von den Lehren der Vergangenheit und den bisherigen großen Erfolgen des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Intelligenz ausgehend, legte er dar, worauf es jetzt beim umfassenden Aufbau des Sozialismus im Hochschulwesen ankommt. Dabei hat Walter Ulbricht vor allem die Zukunft im Auge, die große Leistungen von den Wissenschaftlern und allen Hochschulkadern erwartet. Deswegen betont er auch so nachdrücklich die Notwendigkeit der engen Verbindung von technischen und Naturwissenschaften mit den Gesellschaftswissenschaften in Lehre und Forschung sowie die hohe Bedeutung der sozialistischen Erziehung der Studenten:

„Wir brauchen für unsere sozialistische Gesellschaft einen Absolventen, der

1. den Marxismus-Leninismus zutiefst begriffen hat, eine klassenmäßige Position in unserem nationalen Kampf einnimmt und die Zusammenhänge von Politik, Ökonomie, Ideologie und Wissenschaft versteht;

2. über ein breites Spektrum von Kenntnissen seines Fachgebietes verfügt, die es ihm ermöglichen, dem raschen Fortschreiten der Technik und der Wissenschaft zu folgen;

3. über spezielle, moderne Kenntnisse seines Fachgebietes verfügt, über ein anwendungsbereites Wissen, das es ihm ermöglicht, den Fortschritt der Wissenschaft und Technik mitzubestimmen;

4. sich die Schätze der deutschen und internationalen Kultur angeeignet hat."

*

Im April 1967 tritt der VII. Parteitag zusammen. Er zieht Bilanz und bereit den weiteren Weg zum Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Walter Ulbricht hält das Referat „Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus".

Ausgehend von der prognostischen Einschätzung der Entwicklung der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte in der DDR erklärt er: Die grundlegende Aufgabe, die heute unsere Partei, die Arbeiterklasse und alle mit ihr verbundenen Schichten zu lösen haben, ist die Meisterung der sozialistischen Ökonomie und der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Im Zusammenhang mit Problemen, die sich daraus für die Ausbildung und Erziehung wissenschaftlich-technischer Kader ergeben, geht Walter Ulbricht ausführlich auf die Notwendigkeit und Bedeutung der sozialistischen Hochschulreform ein.

„Die entwickelte sozialistische Gesellschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution verlangt zielgerichtete Höchstleistung in Wissenschaft und Technik. Dies erfordert die Ausbildung einer zahlenmäßig starken und wissenschaftlich hochqualifizierten sozialistischen Intelligenz". So begründet er und hebt dann noch einmal deutlich heraus: „Die etappenweise Verwirklichung der in den ‚Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR' festgelegten Aufgaben ist das grundlegende Programm für die Ausbildung und Erziehung der wissenschaftlichen Kader bis 1980. Dieses große Programm der Hochschulreform, das von allen Wissenschaftlern gemeinsam beraten, beschlossen und von der Regierung bestätigt wurde, hat eine große Bedeutung für die Erfüllung unserer weiteren Aufgaben. Die Arbeit wird sich darauf konzentrieren, planmäßig und schrittweise den Inhalt und die Methodik der Ausbildung so zu gestalten – entsprechend der Prognose der Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft, der Volkswirtschaft, der Wissenschaft und Technik".

Einen besonderen Abschnitt seiner Rede widmete Walter Ulbricht der Stellung und der weiteren Entwicklung der Intelligenz in unserer sozialistischen Gesellschaft.

„In der DDR hat sich eine neue, sozialistische Intelligenz herausgebildet, deren größter Teil aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, in den Bildungseinrichtungen unseres Staates erzogen und ein Teil der Arbeiterklasse geblieben ist. Die Intelligenz wird immer mehr entscheidende Positionen in Wissenschaft und Technik einnehmen. Ihre Leistungen werden in steigendem Maße zu äußerst wichtigen Faktoren der siegreichen Auseinandersetzung des Sozialismus mit dem Kapitalismus."

„Die möglichen und geforderten hohen Leistungen", so führte er dann weiter aus, „sind nur zu erwarten, wenn die Maßstäbe und Normen für Leistungen und Verhaltensweisen dem Leitbild des sozialistischen Wissenschaftlers unserer sozialistischen Gesellschaft entsprechen.

Der sozialistische Wissenschaftler soll eine feste weltanschauliche und politische Position für den Marxismus-Leninismus und unser sozialistisches Vaterland einnehmen, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei anerkennen und all sein Können und seine Kraft für die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Menschengemeinschaft einsetzen.

Der sozialistische Wissenschaftler soll sich durch gute charakterliche Eigenschaften, Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem gesellschaftlichen Auftrag, durch Kämpfertum, hohe persönliche Einsatzbereitschaft, Bescheidenheit und Ehrlichkeit auszeichnen und zugleich umfassende fachliche Fähigkeiten und Klarheit über das Wesen der wissenschaftlichen Arbeit und die Perspektive der Wissenschaft besitzen.

Der sozialistische Wissenschaftler soll zur schöpferischen Arbeit, zu kühnem Vorwärtsdenken und Planen fähig sein, sich ständig auf das Neue orientieren und sich von den Bedürfnissen unserer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft leiten lassen. Er soll dabei ständig bestrebt sein, die eigene Qualifikation zu erhöhen, sich neue Erkenntnisse und Erfahrungen anzueignen, ein schöpferisches, aktives Mitglied im sozialistischen Kollektiv sein und sich selbstkritisch zu seiner eigenen Arbeit, zu seinen Fähigkeiten und Leistungen verhalten."

*

Der sozialistische Umgestaltungsprozeß, den wir im Hochschulwesen gegenwärtig vollziehen, ist die dritte Hochschulreform in der DDR. Die erste grundlegende Veränderung in unserem Bildungswesen 1945/48 galt der Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs und der Schaffung demokratischer Verhältnisse, die den stärksten Klassen und Schichten des Volkes, der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern, die ihnen zukommenden Plätze auch an den Universitäten und Hochschulen sicherten.

Mit der zweiten Hochschulreform 1951/52 wurde die sozialistische Umgestaltung im Hochschulwesen der DDR eingeleitet. Einer der wichtigsten Schritte war dabei die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums. Erstmalig auf deutschem Boden wurde damit der Marxismus-Leninismus an den höchsten Bildungsstätten zur offiziellen Lehrdisziplin und letztlich auch zur bestimmenden Ideologie in ihrer gesamten Tätigkeit, insbesondere in

(Fortsetzung auf Seite 6)

Der eisige Luftzug der Ausbeutung

Beitrag zur Gegensätzlichkeit der Hochschulpolitik in beiden deutschen Staaten
Von Genossen Dipl.-Phil. Fr. Pfefferkorn, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Sektion Marxismus-Leninismus

Anfang der 60er Jahre schickte das „Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e. V.", eine der westdeutschen Großbourgeoisie treuergebene Organisation, einige angesehene und nicht unbegabte westdeutsche Soziologen zum Studium der Arbeitsweise akademischer und industrieller Forschungsinstitute in die USA. Sie hatten den Auftrag, die in den USA vorhandenen großen „Erfahrungen", wie man Wissenschaftler noch vollständiger in ein staatsmonopolistisches System integrieren kann und wie man sie noch intensiver im Interesse des Monopolkapitals ausbeuten kann, für die Bundesrepublik nutzbar zu machen. Liest man die Gedanken und Hinweise, die die Mitglieder dieser Soziologengruppe im Ergebnis ihrer Studienreise zur Reorganisation des akademischen und industriellen Forschungswesens in Westdeutschland unterbreiteten[1], so wird erneut sichtbar, welche grundsätzliche Gegensätzlichkeit der Hochschul- und Forschungspolitik in beiden deutschen Staaten zugrunde liegt.

Betrachten wir dazu einige Eindrücke und Schilderungen, die das Mitglied dieser Soziologengruppe, Hans Bahrdt, Prof. für Soziologie an der Universität Göttingen, vom Forschungsbetrieb in den USA gibt, den er, wie alle Mitglieder dieser Gruppe, als vorbildlich für die Bundesrepublik betrachtet. Bahrdt schreibt u. a. über die Arbeitsweise in großen amerikanischen Forschungsinstituten, die teilweise von Universitäten gegründet und unterhalten werden, teilweise aber auch unabhängig von Universitäten und Hochschulen als selbständige staatliche oder private Forschungsfirmen existieren:

„Es ist nicht zu widerlegen, daß sie in ihrer Struktur manche Ähnlichkeit mit industrialisierten White-collar-Großbetrieben zeigen, trotz allem akademischen Pathos, das in ihnen gepflegt wird . . . Der Wissenschaftler ist hier ein ganztägig beschäftigter Arbeitnehmer; die Institutsleitung hat wie jeder Arbeitgeber das Recht, ‚to hire and to fire' (einzustellen und zu entlassen – F. P.) und macht von diesem Recht im Rahmen arbeitsrechtlicher Bestimmungen Gebrauch, je nachdem, wie die Auftragslage auf dem wissenschaftlichen Produktionsmarkt ist. Dieser eisige Luftzug aus der industriellen Arbeitswelt braucht der Wissenschaft nicht schlecht zu bekommen, wie sich an den Ergebnissen dieser Forschungszentren ablesen läßt . . ."[2]

Und an anderer Stelle heißt es:

„. . . Im Augenblick herrscht für die Forschung Hochkonjunktur. Aber es läßt sich nicht die Möglichkeit konjunktureller Schwankungen bestreiten und damit auch ein hohes Berufsrisiko. Und sogar auch inmitten dieser Hochkonjunktur kann der Wissenschaftler die Unsicherheit des industriellen Arbeitnehmers erleben. Wir erwähnten . . . den Fall, daß eine große Forschungsfirma nach Erledigung eines Regierungsauftrages keinen neuen Auftrag erhielt und zu Massenentlassungen von Wissenschaftlern und Technikern schreiten mußte. Obwohl diese Notwendigkeit schon seit Monaten, während noch die Arbeit im alten Auftrag lief, feststand, übte man strengste Geheimhaltung. Vielleicht fürchtete man, daß die Mitarbeiter säumiger arbeiten würden, wenn sie von ihrer baldigen Entlassung wüßten. Den schon vorher informierten Gruppenleitern war streng verboten, vorher etwas ihren Untergebenen mitzuteilen.

Auch leitende Mitarbeiter, darunter ein früherer Universitätsprofessor, der, wie es nicht selten vorkommt, als Forscher in die Industrie übergewechselt war, wurden kurzerhand auf die Straße gesetzt."[3]

Insgesamt muß Bahrdt für die Forscher in den USA „. . . die Hinnahme eines erheblichen Berufsrisikos (geringe Arbeitsplatzsicherheit) und große geographische und Statusmobilität feststellen."[4]

Diese Praktiken im Umgang mit den Forschern, d. h. letztlich die Schaffung einer Atmosphäre der ständigen Existenzunsicherheit und Existenzangst für sie, empfiehlt Bahrdt auch den westdeutschen Wissenschaftsmanagern zur Leistungssteigerung in der Forschung, obwohl er sich — aus verständlichen taktischen Gründen — in akrobatischer Wortverdrehung als ersten Schritt nur die Einführung einer „humanen Mischung" zwischen dem „dynamischen Effektivitätsdenken" in der USA-Forschung und dem „halb ständischen, halb bürokratischen Klima unserer Universitätsinstitute" wünscht.[5]

Welch abgrundtiefer Gegensatz wird hier doch sichtbar zwischen unserer sozialistischen Hochschulpolitik in der DDR und den Bestrebungen der herrschenden Kreise in Westdeutschland um die weitere staatsmonopolistische Reorganisation in der Forschungs- und Entwicklungsarbeit!

Während wir die sich allseitig entfaltende sozialistische Persönlichkeit bewußt an den Anfang unserer Überlegungen zur sozialistischen Hochschulreform stellen, geht es den herrschenden Kreisen Westdeutschlands um eine noch weitergehende Degradierung des Wissenschaftlers zu einem blinden Werkzeug ihrer aggressiven und fortschrittsfeindlichen Politik, will man sie durch Schaffung einer Atmosphäre ständiger Existenzangst dafür noch gefügiger machen.

Während wir bei uns darum ringen, in einer breiten demokratischen Aussprache alle Hochschulangehörigen, Wissenschaftler und Studenten für die Mitarbeit an der sozialistischen Hochschulreform zu gewinnen und dabei mit allen auch über die großen persönlichen Perspektiven, die sich daraus für jeden ergeben, gesprochen wird, propagiert man in Westdeutschland zur Leistungssteigerung in der Forschung die Nichtinformation der Wissenschaftler selbst über die ihnen unmittelbare drohende Entlassung!

Es ist wohl völlig klar, daß wir von diesen hier zitierten Konzeptionen der imperialistischen Wissenschaftssoziologie und -politik, die die letzten sozialen Voraussetzungen des einst fortschrittlichen bürgerlichen Wissenschaftsethos beseitigen sollen, nichts, aber auch gar nichts in das Modell einer sozialistischen Hochschule übernehmen können, wie uns das gewisse bürgerliche Soziologen im Sinne der Konvergenztheorie so eifrig empfehlen.

Wir sind für eine Steigerung der Effektivität in Forschung und Lehre, aber nicht unter Bedingungen, die die Persönlichkeit des Wissenschaftlers degradieren und ihn zu einem bloßen manipulierten Objekt von für ihn unbeeinflußbaren Wissenschaftsmanagern und ihrer reaktionären Politik stempeln, sondern unter Bedingungen, die es ihm ermöglichen, sowohl die sozialen und ideologischen Voraussetzungen wie auch die sozialen und ideologischen Auswirkungen seiner wissenschaftlichen Arbeit möglichst allseitig zu erkennen und auch aktiv selbst zu beeinflussen und zu gestalten. Kurz: Es sind die Bedingungen allseitig weiterzuentwickeln, die es unseren Wissenschaftlern erlauben, das von Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag der SED charakterisierte Leitbild des sozialistischen Wissenschaftlers in ihrer eigenen Lebenswirklichkeit zu gestalten. Wir wollen in unseren Wissenschaftlerkollektiven die herzliche schöpferisch-kritische Atmosphäre sozialistischer Gemeinschaftsarbeit, nicht aber den eisigen Luftzug kapitalistischer Ausbeutung.

[1] Vgl. H. Krauch, W. Kunz, H. Rittel und das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e. V. (Herausgeber): Forschungsplanung. Eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute, R. Oldenbourg Verlag München und Wien 1968.

[2] Ebenda, S. 39

[3] Ebenda, S. 91/92

[4] Ebenda, S. 93

[5] Ebenda, S. 93

SLUB
Wir führen Wissen.
TECHNISCHE UNIVERSITÄT CHEMNITZ